



[Wahl 67]

AKTIONSPROGRAMM

Die Christlich-Soziale Union zur Bundestagswahl 1961

Damals totale Kapitulation und Besatzung –

heute ein freier und geachteter Partner der freien Welt.

Damals Not und Elend ohne Beispiel –

heute ein wirtschaftlich blühendes Land, dessen Aufstieg die
Bewunderung der Welt erregt.

Fleiß und Tatkraft unseres Volkes und eine zielklare und stetige Politik unter Führung der Union sind die Grundlagen dieser Entwicklung.

Am 17. September wird darüber entschieden, ob diese Politik unter Adenauer, Erhard und Strauss **fortgeführt** werden kann oder nicht.

**Fortführung bedeutet FRIEDEN UND SICHERHEIT nach außen,
SICHERUNG DES ARBEITSPLATZES und
WACHSENDER WOHLSTAND im Innern.**

Der Aufbau unserer Arbeitsstätten ist allem anderen vorgegangen. Die CSU sieht in Zukunft ihre Hauptaufgabe darin, alle Gruppen des Volkes gleichmäßig am wirtschaftlichen Aufstieg teilhaben zu lassen.

Alle arbeitenden Menschen in der Bundesrepublik, Arbeiter, Angestellte und Beamte, Männer der Geisteswissenschaften und Unternehmer, haben ihr Verdienst am wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg unseres Volkes nach dem Krieg.

Deshalb entschiedene Abwehr aller Versuche einer Klassifizierung unserer Gesellschaft nach Stand und Beruf,
deshalb besondere staatliche Förderung, wo Mangel an Eigenmitteln der Begabung angemessene Berufsausbildung gefährdet.

Neben der Sicherung des Arbeitsplatzes ist die **BILDUNG VON EIGENTUM** Grundlage persönlicher Unabhängigkeit und sozialer Sicherheit.

Deshalb Fortführung der bisherigen Eigentumpolitik mit dem Schwerpunkt Wohnungseigentum, aber keine Umverteilungs-Experimente, die den Arbeitsplatz gefährden.

Zu einer gesunden Struktur der Wirtschaft und Gesellschaft gehören möglichst viele selbständige Existenzen.

Deshalb Förderung des Willens zur Selbständigkeit und der persönlichen Initiative,
deshalb Eindämmung jeder unnötigen Konzentration,
deshalb Umbau des Grünen Planes zur verstärkten Förderung des bäuerlichen Familienbetriebes,
deshalb Ausweitung der Hilfe für die Bäuerin.

Die Gemeinschaft hat die Pflicht, überall dort einzugreifen, wo die persönliche Vorsorge des Einzelnen nicht ausreicht.

Deshalb weitere VERBESSERUNG DER SOZIALEN LEISTUNG,
insbesondere der Familienvergünstigungen im Rahmen des wirtschaftlichen Wachstums,
deshalb aber auch Förderung aller Maßnahmen zur EIGENVORSORGE:
kein Wohlfahrtsstaat, sondern ein sozialer Rechtsstaat.

Ein Fünftel der bayerischen Bevölkerung ist durch die **ABSCHNÜRUNG DES EISERNEN VORHANGS** wirtschaftlich betroffen.

Deshalb Weiterführung der Maßnahmen für das Grenzland,
deshalb weitere Erschließung der Notstandsgebiete.

Die CSU wirbt nicht mit unrealistischen Versprechungen.

Die CSU vertraut auf das nüchterne Urteil des Wählers.

Nicht Worte wiegen – nur Leistung zählt!